



INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR

Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Was nun?

Ende Mai 2007 verabschiedeten die für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister der 27 EU-Mitgliedstaaten die „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ (LC). Dieses politische Dokument macht deutlich, dass jetzt gehandelt werden muss, um in den Städten und Regionen den demografischen und sozialen Wandel, den Klimawandel und die Auswirkungen des ökonomischen Strukturwandels bewältigen zu können. Mit Bezug auf diese Handlungsnotwendigkeiten empfiehlt die Leipzig Charta

- Ansätze einer integrierten Stadtentwicklungspolitik stärker zu nutzen und
- dabei besondere Aufmerksamkeit den benachteiligten Stadtquartieren im gesamtstädtischen Kontext zu widmen,

Damit aus diesen Verabredungen auch Politik wird, haben sich die Ministerinnen und Minister dazu verpflichtet, in den Mitgliedstaaten eine nationale Stadtentwicklungsstrategie und -politik zu entwickeln, um damit

- die Ziele, die Grundsätze und Strategien der LC zur nachhaltigen europäischen Stadt in nationale, regionale und lokale Entwicklungspolitiken zu integrieren und
- das Instrument der integrierten Stadtentwicklung voranzubringen, die Governance-Strukturen für deren Umsetzung zu unterstützen und die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene zu schaffen.

Das Follow-up des Leipzig-Prozesses hat in Deutschland begonnen. Am 02. Juli 2007 gab Bundesminister Tiefensee den Startschuss zur Etablierung einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Wesentliche Akzente wur-

den auf einer Konferenz in Berlin diskutiert. Am 27. September 2007 fand in München eine mehr regionale Veranstaltung zum Thema „Leipzig Charta. Was nun?“ statt. Ziel war es, die mögliche Rolle der LC in der Kommunalpolitik zu diskutieren. Die Erkenntnis aus dieser Veranstaltung war eher ernüchternd: Geladen waren die politischen Vertreter der Städte und Gemeinden. Es kamen die Fachbeamten. Offensichtlich tut sich die Politikvermittlung zwischen den föderalen Ebenen in Deutschland schwer. Gleichwohl hat die Veranstaltung die Sensibilität gegenüber der LC geweckt.

So möchten einige in naher Zukunft im Stadt- oder Gemeinderat den politischen Nutzen der LC für ihre Stadt diskutieren. So könnte die LC z. B. lokale Nachhaltigkeitsstrategien auf lokalpolitischer Ebene unterstützen. Zudem könnte mit diesem Dokument Stadtentwicklungspolitik wieder verstärkt auf die politische Agenda der Städte und Gemeinden gesetzt werden. Insbesondere die Forderung der LC nach einer verstärkten stadtregionalen Abstimmung wurde von allen Teilnehmern als wichtige Herausforderung der Zukunft unterstützt.

Um das Thema stadtregionale Zusammenarbeit im Sinne der LC weiter voranzubringen, betreut das BBR zwei wichtige Ressortforschungsprojekte zu den Themen „Überregionale Partnerschaften – Innovative Projekte zur stadtregionalen Kooperation, Vernetzung und großräumigen Verantwortung“ (siehe Seite 6) und „Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen“. Mit diesen Projekten soll die Sensibilität der Städte und Gemeinden für die LC weiter gestärkt werden.

Kontakt:

Dr. Markus Eltges
Referat I 4
„Regionale Strukturpolitik
und Städtebauförderung“
Tel.: 0228 99 – 401 23 38
E-Mail:
markus.eltges
@bbr.bund.de

Inhalt:

- Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Was nun?
- Nachhaltigkeitsbarometer Fläche
- Flächenkreislaufwirtschaft – Was leisten bestehende Instrumente?
- Stadtentwicklungsfonds
- Überregionale Partnerschaften
- Stadtquartiere für jung und alt
- [Neues aus der Forschung](#)



Bearbeitung:
IÖR Dresden,
Regio GIS Duisburg

Die Veröffentlichung ist kostenlos und kann bezogen werden bei Gabriele Bohm
E-Mail: gabriele.bohm@bbr.bund.de

Nachhaltigkeitsbarometer Fläche – zur Evaluierung flächenpolitischer Ziele des Bundes

Eine flächensparende Siedlungsentwicklung zählt seit vielen Jahren zu den Zielen der Raumordnung und Siedlungspolitik. Die Verminderung der Flächeninanspruchnahme ist eine Schwerpunktaufgabe der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2002. Bekräftigt wurde das Ziel einer Verminderung der Flächeninanspruchnahme auf maximal 30 ha Tag im Jahr 2020 im Fortschrittsbericht 2004. Gleichwohl wurde hervorgehoben, dass zur Beurteilung der räumlichen Unterschiede der Siedlungsflächenentwicklung die Informationsgrundlagen verbessert werden müssten, um regional geeignete Strategien formulieren zu können.

Hierzu sollten u. a. quantitative wie qualitative Indikatoren weiterentwickelt, sowie

räumlich und sachlich differenziert werden (Fortschrittsbericht 2004, S. 205).

Im Ressortforschungsprojekt „Nachhaltigkeitsbarometer Fläche“, durchgeführt vom Institut für ökologische Raumentwicklung IÖR Dresden und RegioGIS Duisburg, wurden regionale Schlüsselindikatoren nachhaltiger Flächennutzung für die Flächenziele im Rahmen der Fortschrittsberichte der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet. Auftrag war die

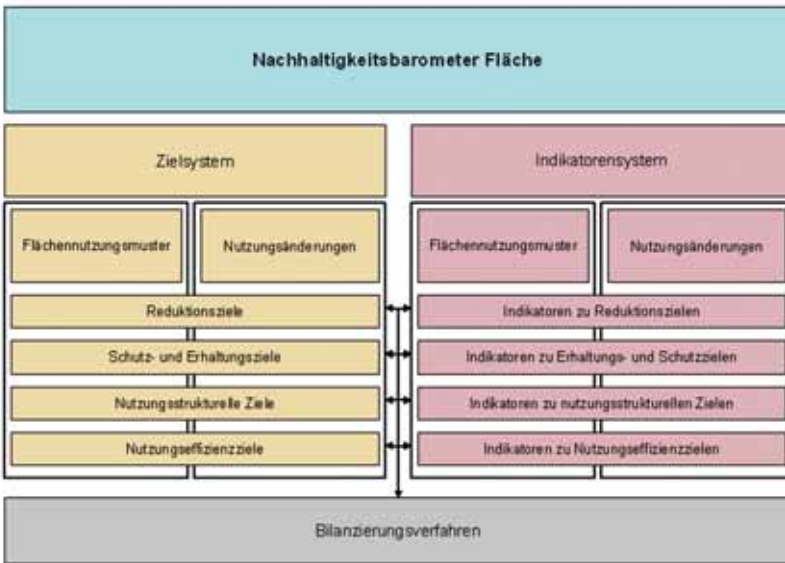
- Entwicklung eines praxistauglichen Informations- und Evaluationsinstruments,
- dessen Einsatzfähigkeit auf verschiedenen räumlichen Ebenen,
- die Evaluierung der nationalen und regionalen Zielerreichung, und die
- Demonstration der Praxisfähigkeit bei Rückgriff auf vorhandene Daten.

Informations- und Bewertungsinstrument für Regionen, Länder, Bund

Das Nachhaltigkeitsbarometer Fläche ist als Informations- und Bewertungsinstrument zur politischen Entscheidungsunterstützung und Evaluation der Zielerreichung zur Steuerung der Flächeninanspruchnahme für Siedlung und Verkehr konzipiert. Es besteht aus drei eng miteinander verzahnten Komponenten – einem Zielsystem, einem darauf bezogenen Indikatorensystem und einem Bilanzierungsverfahren, das eine zielbezogene Gesamtbewertung der Flächennutzung und ihrer Veränderung ermöglicht (vgl. Abb.1).

Das Nachhaltigkeitsbarometer unterscheidet eine statische und eine dynamische Perspektive. Die statische Perspektive bildet „Makroeigenschaften“ zusammenhängender Flächennutzungsmuster zu einem Stichtag ab und bewertet diese hinsichtlich der Ziele einer nachhaltigen Flächennutzung. Die dynamische Perspektive fokussiert auf die in einer Bilanzierungsperiode feststellbaren Nutzungsänderungen.

Datengrundlage sind geocodierte und georeferenzierte Flächennutzungsdaten, schwerpunktmäßig für den Siedlungsraum. Das Nachhaltigkeitsbarometer ist auf unterschiedlichen administrativen Ebenen oberhalb der Gemeindeebene wie auch für nicht-administrative Raumbezugssysteme anwendbar. Adressaten sind Bund und Länder, für einzelne Indikatoren auch Regionen, nicht aber Gemeinden.



Flächenpolitische Ziele und ihre Kategorisierung – Überblick

Zieltyp	Ziel
Übergeordnete Ziele	
ÜZ 1	Ressourcenschonende Flächeninanspruchnahme und sparsamer Umgang mit Naturgütern
ÜZ 2	Vorrang innerörtlicher Entwicklung vor Entwicklung im Außenbereich („Innen vor Außen“)
Reduktionsziele (RZ)	
RZ 1	Reduzierung der Flächeninanspruchnahme
RZ 2	Reduzierung weiterer Versiegelung / des Versiegelungsgrades
RZ 3	Entsiegelung – Rückbau nicht mehr benötigter Bauflächen, Ausgleich für Neuversiegelung
Erhaltungs- und Schutzziele (EZ)	
EZ 1	Schutz und Erhaltung von Boden (und seiner Leistungsfähigkeit)
EZ 2	Schutz und Erhaltung von unbebauten Bereichen, Freiräumen, Grünflächen und Landschaft
EZ 3	Erhaltung großflächig unzerschnittener Landschaftsräume
EZ 4	Sicherung und Entwicklung naturschutzfachlich bedeutsamer Flächen
Nutzungsstrukturelle Ziele (SZ)	
SZ 1	Räumliche Konzentration der Siedlungsentwicklung, Vermeidung von Zersiedelung
SZ 2	Nachverdichtung und Innenentwicklung
SZ 3	Innerörtliches Flächenrecycling, Wiedernutzung von Brachen
SZ 4	Nutzungsmischung im Siedlungsbereich
SZ 5	Anbindung neuer Baugebiete an bestehende Infrastrukturen
SZ 6	Räumliche Bündelung von Infrastruktursystemen
Nutzungseffizienzziele (NZ)	
NZ 1	Intensivierung der Flächennutzung
NZ 2	Höhere ökonomische Produktivität der Flächeninanspruchnahme

Im Forschungsbericht werden Grundlagen, Berechnungswege und Ergebnisse zum Nachhaltigkeitsbarometer dargestellt, u. a.

- Übersicht über flächenpolitische Ziele des Bundes und der Länder
- Operationalisierung flächenpolitischer Ziele durch Quantifizierung und Regionalisierung
- 39 Kern- und Ergänzungsindikatoren und Beurteilung flächenpolitischer Zielerreichungsgrade, darunter etliche bisher noch nicht realisierte Indikatoren
- Analyse von Nutzungsmustern (statisch) und Nutzungsänderungen (Dynamik)
- Informations- und Bewertungsinstrument für Regionen, Länder und Bund
- Zusammenstellung von Kernergebnissen zur Zielerreichung
- Entwicklung und Test eines Bilanzierungsverfahrens auf Länderebene.

Synthese flächenpolitischer Ziele und Differenzierung von Zielsystemen

In der Publikation werden zunächst Aufgabenstellung und Konzeption des Nachhaltigkeitsbarometers Fläche (Kap. 1) dargestellt. In Kapitel 2 werden die bislang in Deutschland diskutierten flächenpolitischen Ziele analysiert und systematisiert (Abb. 2). Dazu wurden 44 vorliegende Indikatorensysteme, die im Kontext nachhaltiger Siedlungsflächenentwicklung stehen, dokumentiert und ausgewertet. Das Zielsystem besteht aus drei eng miteinander verzahnten Komponenten – einem Zielsystem mit Reduktions-, Schutz- und Erhaltungs-, Nutzungsstrukturellen- und Nutzungseffizienzzielen, und soweit Daten vorhanden, zur Dynamik von Flächennutzungsänderungen (Abb. 1). Jedem dieser Zieltypen sind mehrere Ziele zugeordnet, die mit spezifischen Indikatoren gemessen werden. Es gibt somit stets eine Entsprechung von Zielen und Indikatoren.

18 Kern-, 21 Ergänzungsindikatoren

Orientiert an der entwickelten Zieltypik (Reduktionsziele, Schutz- und Erhaltungsziele, nutzungsstrukturelle Ziele und Nutzungseffizienzziele) werden 39 Indikatoren vorgeschlagen, darunter 18 „Kernindikatoren“ (Kap. 3), darunter einige methodisch neu entwickelte Indikatoren, u. a. zur

- „Flächeninanspruchnahme auf Böden mit hoher natürlicher Ertragsfähigkeit“
- „Dynamik der Flächeninanspruchnahme auf Böden mit hoher natürlicher Ertragsfähigkeit“
- „Standörtlichen Integration neuer Siedlungsflächen“

- „Verkehrlichen Erschließung neuer Siedlungsflächen“
- „Nutzungsintensität neuer Bebauung“ oder zum
- „Effektiven Freiraumanteil“
- „Infrastrukturaufwand Abwasser“

sowie tabellarische Übersichten zu den Ergebnissen der Flächenländer.

Für 22 Indikatoren liegen Messergebnisse zur Aggregation auf Ebene von Bundesländern vor. Das Indikatorenset wurde auch für zwei Test-Landkreise (Wesel/NRW und Meißen/Sachsen) angewendet, einige Indikatoren für die Kommune Kamp-Lintfort (NRW).

Nachhaltigkeitsbarometer Fläche

Zentrales Ergebnis ist ein indikatorenbasiertes Informations- und Bewertungsinstrument – das „Nachhaltigkeitsbarometer Fläche“, um die Mengen- durch eine Qualitätsperspektive zu erweitern, das Informationspotenzial der Flächenstatistik breiter zu erschließen und eine Bilanzierung der Erreichung siedlungspolitischer Ziele für Bund und Länder zu ermöglichen. So entwickelten sich z. B. viele Reduktionsziele zielkonform, während die meisten Nutzungseffizienzziele nur in Ansätzen erreicht wurden (vgl. im Detail dazu den Endbericht).

Die Indikatoren können so individuell betrachtet werden oder lassen sich zu einem Nachhaltigkeitsindex aggregieren. Im Rahmen der Bilanzierungsverfahren werden drei Verfahren der Indexbildung vorgeschlagen und erprobt: eine räumliche Indexbildung, eine zeitliche Indexbildung sowie der Einsatz von indikatorspezifischen Transformationsfunktionen. Bei Gleichgewichtung der Zielsysteme schnitten z. B. bei der Bilanzierung aller Nutzungsänderungen im Ländervergleich neben Hessen insbesondere die südlichen Bundesländer im bundesweiten Vergleich deutlich besser ab (Abb. 3).

Ausblick

Erstmalig wird somit der Indikator „Flächenverbrauch“ (Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke) auf eine viel breitere Basis gestellt und ermöglicht regionalisierte Aussagen zu Nutzungsstruktur und Nutzungsänderungen. Dennoch erlaubt die heterogene Datenlage kein vollautomatisiertes Software-Tool. Dargelegt wird, wie das System langfristig die sich verbessernden Datengrundlagen nutzen kann, um ein dauerhaftes automatisiertes Monitoringssystem auszugestalten.

Gesamtbilanzierungsindex

Bundesland	Nutzungsmuster	Nutzungsänderungen
Baden-Württemberg	95	120
Bayern	101	120
Brandenburg	107	81
Hessen	97	136
Mecklenburg-Vorpommern	115	69
Niedersachsen	91	96
Nordrhein-Westfalen	80	113
Rheinland-Pfalz	92	109
Saarland	74	101
Sachsen	103	115
Sachsen-Anhalt	108	51
Schleswig-Holstein	92	67
Thüringen	111	125
Bund	100	100

Kontakt:

Dr. Fabian Dosch
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
Tel.: 0228 99 – 401 23 07
E-Mail:
fabian.dosch
@bbr.bund.de



Bearbeitung:
Deutsches Institut für
Urbanistik (Difu), Berlin
und Partner

Die Veröffentlichung ist
kostenfrei zu beziehen
über
E-Mail:
verlag@difu.de
oder als download über
www.flaeche-im-kreis.de

Flächenkreislaufwirtschaft – Was leisten bestehende Instrumente?

Band 2 der Sonderveröffentlichungsreihe „Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft“

Flächenkreislaufwirtschaft – dies ist ein neuer Politik- und Steuerungsansatz nachhaltiger Stadtentwicklung. Ziel ist ein systematisches Flächenressourcenmanagement nach dem Motto „Vermeiden – Verwerten – Ausgleichen“ mit vorrangiger und systematischer Ausschöpfung aller bestehenden Flächenpotenziale im Bestand einer Stadtregion. Als Strategie zur Siedlungsentwicklung eignet sie sich, regional angepasst, sowohl als Umbaustrategie für schrumpfende Regionen als auch als Lenkungs- und Begrenzungsstrategie für wachsende Regionen.

Die Grundlagen dazu wurden im **ExWoSt-Forschungsfeld „Fläche im Kreis“** in Planspielen erforscht, in der Praxis getestet und zu einer Strategie ausgearbeitet. Die Ergebnisse werden nun Planern, Wissenschaftlern, Politikern, sowie Praktikern der Flächenkreislaufwirtschaft vorgestellt.

Die dreiteilige **Sonderveröffentlichungsreihe** „Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft“ wertet die Erkenntnisse aus dem Forschungsfeld aus. Band 1 „Theoretische Grundlagen und Planspielkonzeption“ erschien im November 2006. Band 3 „Neue Instrumenten“ erscheint im Oktober 2007; eine DVD mit Videofilm nebst Expertisen und Publikationen wird Ende 2007 veröffentlicht.

Im neu erschienenen **Band 2 „Was leisten bestehende Instrumente?“** werden die Status-quo-Planspiele zur Kreislaufwirtschaft und ihre Ergebnisse vorgestellt. Aus einem Katalog von 29 Instrumenten wurde untersucht, inwieweit die qualitativen und quantitativen Ziele der Flächenkreislaufwirtschaft mit den derzeit vorhandenen rechtlichen, planerischen und informatorischen Instrumenten sowie Kooperations- und Vermarktungsansätzen erreicht werden können. Die in Planspielen erprobten **Empfehlungen** zeigen, wie durch geschickte Nutzung der Handlungsoptionen vor Ort schon heute die Weichen für eine Flächenkreislaufwirtschaft gestellt werden können.

Erleichtert würde dies insbesondere durch eine Vertiefung der Basisinformationen über Flächenpotenziale, eine Stärkung der überörtlichen Planung, verbesserte Kooperationsprozesse mit regionalem Interessen-

und Finanzausgleich, ausreichend Personal, marktgängigen Entwicklungskonzepten für Potenzialflächen und Finanzierungsmöglichkeiten für Zwischennutzungen und zur Renaturierung.

Kernergebnisse der Status-quo-Planspiele

- Flächenkreislaufwirtschaft = geeignete Strategie zur Bewältigung demografischer und wirtschaftsstruktureller Veränderungen
- Mehr Steuerung durch Regionalplanung notwendig
- Aktivierung kleinteiliger Innenentwicklungspotenziale erforderlich
- Informationsoffensive ist nötig
- Defizite bei Flächeninformationen müssen beseitigt werden
- Flächenmonitoring/-management = zentrale kommunale bzw. regionale Aufgabe
- Stadtbau in schrumpfenden Regionen fortführen
- Interkommunaler Interessenausgleich erforderlich
- Personelle und finanzielle Ressourcen der Gebietskörperschaften notwendig

In Band 2 werden einleitend Rahmenbedingungen und regionalisierte Arbeitsprogramme der Planspiele vorgestellt. Das kommunalpolitische Handeln wurde in sieben Handlungsbereiche gegliedert: Planung, Information, Organisation und Kommunikation, Fördermittel und Budget, Vermarktung, und Anordnungen. Im Schwerpunkt werden die Ergebnisse der Status-quo-Planspiele aus den fünf Planspielregionen aufbereitet (Kap. 3), bewertet (Kap. 4) und **Handlungsempfehlungen** für den zielgerichteten Einsatz bestehender planerischer, informatorischer, ordnungsrechtlicher und sonstiger Instrumente sowie kooperativer Ansätze abgeleitet (Kap. 5). Die Erarbeitung von **integrierten Handlungskonzepten** für eine stadregionale Flächenkreislaufwirtschaft wird anhand konkreter Maßnahmen in den Planspielregionen und verallgemeinert praxisnah dargestellt (Kap. 6).

Aus diesen Musterlösungen können die verschiedenen Akteure der Siedlungsentwicklung einen verbindlichen Maßnahmenplan zum Einstieg in die Flächenkreislaufwirtschaft erarbeiten.

Kontakt:

Dr. Fabian Dosch
Dr. Peter Jakubowski
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
Tel.: 0228 99 – 401 23 07
401 22 43

E-Mail:
fabian.dosch
@bbr.bund.de
peter.jakubowski
@bbr.bund.de

Stadtentwicklungsfonds

Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9.2007

In Zeiten der Globalisierung und weltumspannender Kapitalzirkulation, in Zeiten zum Teil hitziger Debatten über Hedgefonds und Heuschrecken könnte der 15.10.2005 für die Stadtentwicklungspolitik in Europa zu einem wichtigen Impulsdatum geworden sein. An diesem Tag hat EU-Kommissarin Donata Hübner ein Akronym in die europäische Diskussion zur Stadtentwicklung eingebracht, das seither für Unruhe und Bewegung gesorgt hat: JESSICA.

JESSICA steht für Joint European Strategy for Sustainable Investment in City Areas und liest sich zunächst wie eine etwas trotzig Reaktion auf die oft intransparenten und kaum steuerbaren Entwicklungen auf den globalen Finanzmärkten mit ihren Produktinnovationen, unterschiedlichsten Akteuren und den ihnen nachgesagten schädlichen Wirkungen auf die öffentlichen Anliegen. Wenn man so will, verfolgt JESSICA einen Ansatz, der „Heuschrecken“ und Fondsmanager nicht mehr länger allein das Gemeinwohl wie z. B. die Stadtentwicklung in Bedrängnis bringen lässt, sondern mit den Waffen des Financial-Engineering und der Finanzmärkte zurückschlägt und gleichsam bislang ungeliebte Akteure und Prozesse für die gute Sache gewinnen möchte. Für diese Wandlung einzelner Akteure der Finanzwelt vom Saulus zum Paulus können und sollen auch EFRE-Mittel eingesetzt werden.

Kern der JESSICA-Initiative ist die Einführung revolvierender Stadtentwicklungsfonds in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, um eine effektivere aber auch eine möglichst dauerhafte Finanzierung von Stadtentwicklungsinvestitionen zu ermöglichen. Die Idee klingt spannend: Die europäischen Städte sollen nicht wie bisher allein durch einmal gezahlte Zuschüsse für Stadtentwicklungsprojekte gestärkt werden. Vielmehr sollen Stadtentwicklungsinvestitionen durch kreditorientierte Instrumente oder durch Beteiligungen in Form von Eigen- oder Risiko-Kapital finanziert werden. Die jeweiligen Projekte sollen Erträge erwirtschaften, die Initialförderungen des EFRE oder anderer Subventionsprogramme fließen wieder zurück, was den Anstoß weiterer Projekte mit denselben Fondsgeldern zulässt.

Politisch wird die JESSICA-Initiative auch auf mitgliedstaatlicher Ebene stark unterstützt. So fordert die Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt, die Chancen neuer Finanzierungsinstrumente deutlich stärker als bisher auszuloten. Auf dem Leipziger Ministertreffen nahmen die Städtebauminister den Bericht der Expertengruppe zum Thema „Rolle der Europäischen Investitionsbank für eine nachhaltige Stadtentwicklung“ entgegen, der u.a anregt, dass sich die Europäische Investitionsbank gemäß ihrem politischen Auftrag verstärkt in der innovativen Finanzierung der Stadtentwicklung engagiert. In Deutschland kommt hierbei den Förderbanken des Bundes und der Länder eine besondere Bedeutung zu.

Bei allem politischen Gewicht der JESSICA-Idee bestehen vor der Umsetzung von Stadtentwicklungsfonds momentan noch einige ungeklärte Fragen. Mit dem neuen IzR-Themenheft zu Stadtentwicklungsfonds fassen wir erstmals den Sachstand und die Einschätzung zentraler Akteure zur Einführung und Nutzung von Stadtentwicklungsfonds für die deutsche, aber auch europäische Fachcommunity zusammen. Wir möchten mit ihm über das informieren, was an Klarheit über die JESSICA-Initiative und die Vorarbeiten in Deutschland besteht. Zugleich erhoffen wir uns mit dem Heft eine Intensivierung der Diskussion über die Umsetzung von Stadtentwicklungsfonds in Europa.

Die Beiträge schlagen einen thematischen Bogen, der von den Kapitalmarktbedingungen für städtische Investitionen in Europa, über die jüngsten Überlegungen der Europäischen Kommission zur JESSICA-Initiative und die Rahmenbedingungen und Anwendungsmöglichkeiten der Fonds-Idee aus Sicht der Europäischen Investitionsbank bis hin zu Ideen und Organisationsformen von Stadtentwicklungsfonds für eine mögliche Umsetzung in Deutschland reicht. Darüber hinaus wird ein Einblick in Konzept und Umsetzungsstand des ersten deutschen JESSICA-Fonds in Sachsen gegeben und die Fondsidee im Kontext der Flächenkreislaufwirtschaft im Rahmen eines möglichen kommunalen Grundstücksfonds in Duisburg erörtert.



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim
Selbstverlag des BBR
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
Fax: 0228 99 – 401 22 92
E-Mail:
selbstverlag@bbr.bund.de
zum Preis von 6,00 Euro
(zzgl. Versand)

Kontakt:

Dr. Peter Jakubowski
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
Tel.: 0228 99 – 401 22 43
E-Mail:
peter.jakubowski
@bbr.bund.de



Überregionale Partnerschaften

– Ein neues MORO-Projekt zur praktischen Umsetzung des Leitbilds „Wachstum und Innovation“

Die neuen Leitbilder und Handlungsstrategien der Raumentwicklung propagieren die Bildung von großräumigen Verantwortungsgemeinschaften. In einem partnerschaftlichen Miteinander von strukturell und ökonomisch unterschiedlichen Regionen sollen alle Teilräume dazu beitragen, dass insbesondere Wachstum und Innovationen gestärkt werden. Alle Räume – die starken und die schwachen – sollen befähigt werden, ihre Potenziale zu erkennen, zu bündeln und zu vernetzen. Großräumige Verantwortungsgemeinschaften als Strategie verstanden setzt darauf, dass die „starken“ Räume ihre Aufgabe als Motoren der gesamtwirtschaftlichen und regionalen Entwicklung noch besser erfüllen und gleichzeitig eine partnerschaftliche Verantwortung für „schwächere“ Regionen entwickeln. Daraus ergibt sich ein großräumiger Zusammenhang, der weit über engere Stadt-Umland-Kooperationen oder über Netze von benachbarten Städten hinausgeht. Das Beschlusspapier der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) zu den neuen Leitbildern schlägt hierfür explizit vor, dies über Modellvorhaben zu initiieren.

Mit dem neuen MORO-Projekt „Überregionale Partnerschaften – Innovative Projekte zur stadtreionalen Kooperation, Vernetzung und gemeinsamen großräumigen Verantwortung“ greifen das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) diesen Vorschlag auf. Ziel des neuen MORO-Projektes ist es, neben dem Hervorbringen von guten Beispielen u. a. folgende Fragen zu beantworten:

- Welchen Beitrag leisten die einzelnen Teilräume der überregionalen Partnerschaften für Wachstum und Innovation der Gesamtregion?
- Welche Vorteile der Kooperation ergeben sich für die einzelnen Teilräume aus überregionalen Partnerschaften bzw. großräumigen Verantwortungsgemeinschaften?
- Welche rechtlichen, finanziellen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen sind für die Herausbildung überregionaler Partnerschaften erforderlich?
- Welche raumentwicklungspolitischen Instrumente befördern eine auf Wachstum

und Innovation ausgerichtete überregionale Partnerschaft?

- Welche Akteure sind in überregionale Partnerschaften einzubinden?
- Wie können Unternehmen in die regionale Verantwortung einbezogen werden? Wie kann regionale Verantwortung in die Unternehmensziele eingebracht werden?
- Welche Kooperationsmodelle tragen zum Erfolg überregionaler Partnerschaften bzw. großräumiger Verantwortungsgemeinschaften bei?
- Welche besonderen Anforderungen ergeben sich bei grenzüberschreitenden überregionalen Partnerschaften?

Im Juni 2007 wurde das Institut Raum+Energie zusammen mit der HafenCity Universität Hamburg mit dem Projektmanagement für das MORO-Projekt beauftragt. Ein erster Schritt war dabei, ein Interessenbekundungsverfahren einzuleiten. Im Zuge dessen wurden Regionen, die Landesplanungen, Initiativkreise und weitere Zusammenschlüsse von Regionen aufgefordert, ihre Ideen zur Ausgestaltung einer überregionalen Partnerschaft zu formulieren. 60 eingegangene Interessensbekundungen belegen, dass dies ein wichtiges Thema ist. Gleichzeitig wurde offenbar, dass es eine Fülle von möglichen Themen für eine überregionale Partnerschaft gibt – so etwa Wissensgesellschaft, Förderung von Branchennetzwerken, regionale Wirtschaftskreisläufe, Ökokonten, erneuerbare Energien, Regionalparks oder grenzüberschreitende Zusammenarbeit, um nur einige zu nennen. Viele der Initiativen haben gezeigt, dass diese Themen in sehr großräumigen Regionszuschnitten bearbeitet werden sollen.

15 Interessensbekundungen bzw. Regionen/Zusammenschlüsse von Regionen haben in besonderem Maß die Anforderungen des Bundes getroffen. Sie wurden Mitte September nach Bonn eingeladen, um ihre Ideen näher vorzustellen. Gleichzeitig wurden sie aufgefordert, im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung sich um eine finanzielle Förderung zu bewerben. Die Anträge sind Mitte Oktober eingegangen und werden derzeit bewertet, damit noch in diesem Jahr das Modellvorhaben beginnen kann. Die Laufzeit beträgt zwei Jahre.

Kontakt:

Dr. Rupert Kawka
Referat I 1
Raumentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 13 14
E-Mail:
rupert.kawka
@bbr.bund.de

Stadtquartiere für jung und alt

Auftaktveranstaltung zum ExWoSt-Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“

Städte sind für alle da. Der Erfolg einer nachhaltigen Stadtentwicklung misst sich daran, wie die örtliche Lebensqualität im Alltag empfunden wird. Attraktive Stadtquartiere sind ein Prüfstein dafür, wie die Menschen ihre Städte erfahren, vor allem ihr unmittelbares Wohnumfeld als lebenswerten Ort wahrnehmen. Dieser Ansatz stand im Mittelpunkt der Auftaktveranstaltung zum neuen Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“ am 20. September 2007 in Berlin.

Cirka 300 TeilnehmerInnen erfuhren von Prof. Siebel eine fachlich kompetente Reflexion des Themas. Staatssekretär Großmann vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vermittelte, wie dieses außergewöhnlich ambitionierte Forschungsfeld als wichtiger Beitrag zur Umsetzung einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik zu verstehen ist. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Ziele und die Methoden des Forschungsfeldes sowie die Vorstellung der Modellvorhaben als „stadtentwicklungspolitische Labors“ für zukunftsfähige Stadtquartiere. Dabei wurde deutlich:

Stadtentwicklungspolitik ist ein Gemeinschaftswerk. Zu ihrem Erfolg trägt ganz entscheidend bei, ob es gelingt, Interessen auszugleichen, Fachgrenzen zu überwinden und durch Bündelung von Programmen und Maßnahmen nachweisbare Fortschritte zu erzielen. Das BMVBS hat zusammen mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) das Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“ auf den Weg gebracht. Aufgabe des Forschungsfeldes ist es, anhand von Modellvorhaben zu zeigen, wie innerstädtische Quartiere als Wohnort und Erlebnisraum für alle Generationen attraktiv entwickelt werden können.

27 Modellvorhaben sind vom BMVBS ausgewählt worden. Sie werden mit Mitteln des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus gefördert und vom BBR wissenschaftlich begleitet. Weitere 30 Fallstudien sind in die Untersuchungen einbezogen. Kriterien für die Auswahl der Projekte waren: generationenübergreifender Ansatz, quartierbezogene Konzepte, fachübergreifende Kooperationen und innovativer Anspruch.

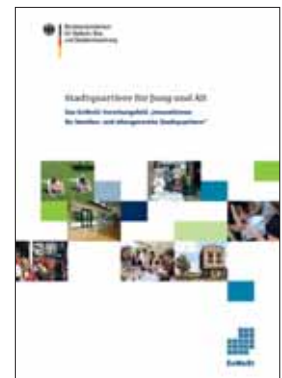
Im Mittelpunkt der Forschung und Förderung stehen zum einen Gemeinschaftseinrichtungen. Sie tragen ganz wesentlich zu einem vorteilhaften Zusammenleben von Jung und Alt im Stadtquartier bei. Der demographische Wandel zwingt uns, umzudenken und die Infrastrukturen veränderten Bedarfslagen anzupassen. In diesen gemeinsam genutzten Einrichtungen bieten sich vielfältige Chancen, der Entmischung von Quartieren und der Entfremdung unterschiedlicher Bewohnergruppen entgegen zu wirken.

Zum anderen entscheidet auch und gerade die Qualität urbaner Freiräume über das Image eines Stadtquartiers. Dies betrifft den Blick von Außen, aber mehr noch die Nutzungsangebote für die Bewohnerinnen und Bewohner. Die Attraktivität des öffentlichen Raums, insbesondere des Wohnumfeldes, wird zur Schlüsselfrage für die Zukunft unserer Städte. Hier begegnen sich die Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichen Geschlechts, Alters und unterschiedlicher Herkunft.

Schließlich sind es letztlich die Menschen in der Nachbarschaft, ob alt oder jung, die diese Vorstellungen mit Leben füllen. In der unmittelbaren Nachbarschaft beweist sich solidarisches und rücksichtsvolles Zusammenleben. Von Engagement, Kompetenz und Phantasie, aber auch von Toleranz der Bürgerinnen und Bürger hängt es ab, ob unsere Städte und Gemeinden lebenswert und liebenswert sind.

Das neue Forschungsfeld leistet einen konkreten Beitrag, die Ziele einer nationalen Stadtentwicklungspolitik „vom Kopf auf die Füße“ zu stellen. Der Staat kann dafür den Rahmen bieten, durch Gesetze, durch Fördermittel und durch Information. Der Bund will durch Modellvorhaben lernen, was sich bewährt und wo weiterhin Nachbesserungsbedarf besteht. Die Akteure vor Ort erproben Chancen und Grenzen in der alltäglichen Praxis. Die Modellvorhaben dienen als „Lernwerkstätten“.

Über die Fortschritte und Erfahrungen wird prozessbegleitend unter www.stadtquartiere.de berichtet. Das Forschungsfeld und seine Labors werden in der aktuellen Publikation „Stadtquartiere für jung und alt“ vorgestellt.



Die Publikation zum Forschungsfeld „familien- und altengerechte Stadtquartiere“ ist kostenlos zu beziehen unter „stadtquartiere @bbr.bund.de“

Kontakt:

Dr. Manfred Fuhrich
Referat I 2
Stadtentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 22 65
E-Mail:
manfred.fuhrich@bbr.bund.de

Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag

Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31-37, 53179 Bonn
Telefon: 0 228 99-4 01-0
Telefax: 0 228 99-4 01-22 66
Web: www.bbr.bund.de

Selbstverlag des BBR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

G 7718 F

Verantwortlich

Wendelin Strubelt, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

Redaktionelle Bearbeitung

Gabriele Bockshecker

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Die Informationen aus der Forschung des BBR erscheinen
in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr.
Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBR 5/2007 – Oktober

ISSN 1434 – 9590



Neues aus der Forschung – www.bbr.bund.de

Neue Internetbeiträge aus der Forschung finden Sie unter **Neues / Termine / Internetbeiträge aus dem wissenschaftlichen Bereich**. Auszugsweise sind dies

in der Rubrik **Forschungsprogramme**:

ExWoSt-Studien

- Migration/Integration und Stadtteilpolitik – Städtebauliche Strategien und Handlungsansätze zur Förderung der Integration

MORO-Studien

- Analyse der Auswirkungen, des Nutzens und der Umsetzung von Interreg III B-Projekten
- Sicherung der Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzepte – gesellschaftliche Ziele und räumliche Organisation in der Diskussion

Aufbau Ost / Regionale Entwicklung

- Die demografische Entwicklung in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen
- Strategien zur Stärkung des Tourismus in den neuen Bundesländern unter Berücksichtigung der nationalen und internationalen Wettbewerbssituation

Zukunft Bau

- Strukturdaten im Baugewerbe

in der Rubrik **Forschen und Beraten**:

Raumordnung / Raumentwicklung in Deutschland

- Infrastruktur und Daseinsvorsorge
- Landes- und Regionalplanung

Neue **BBR-Online-Publikationen** finden Sie unter **Veröffentlichungen / BBR-Online-Publikationen**:

- Grundlagen für die Entwicklung von Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudebestand
- Akteure, Beweggründe, Triebkräfte der Suburbanisierung

Downloads zu aktuell erschienenen Publikationen finden Sie in der Rubrik **Neues / Termine** unter **Veröffentlichungen**.

Alle **Veranstaltungen** finden Sie in der Rubrik **Neues / Termine** unter **Veranstaltungen wissenschaftlicher Bereich**.

Kontakt:

Dr. Karin Veith
Referat I 7
Wissenschaftliche Dienste
Tel.: 0228 99 – 401 22 97
E-Mail:
karin.veith
@bbr.bund.de